

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 2 | 11. bis 24. Januar 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Programm der portugiesischen Ratspräsidentschaft im Bereich Verbraucherschutz

Im ersten Halbjahr 2021 hat Portugal den Vorsitz im Rat der EU inne. Im Vordergrund steht die neue Verbraucheragenda. Daneben sollen die von der Kommission angekündigten Prozesse zur Revision der Richtlinie für allgemeine Produktsicherheit und der Verbraucherkreditrichtlinie sowie der zu erwartende Legislativvorschlag für eine Stärkung der Verbraucher beim grünen Übergang behandelt werden. Portugal will auch wichtige Vorhaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz voranbringen. Schwerpunkte sind die Erhöhung der Lebensmittelsicherheit und der Nachhaltigkeit der Lieferketten sowie Tiergesundheit, Tierschutz und nachhaltige Pflanzenschutzmaßnahmen einschließlich Vermarktung und Einsatzes von biologischen Schädlingsbekämpfungsmitteln.

<https://www.2021portugal.eu/media/e0rjnvdj/programme-for-the-portuguese-presidency-of-the-council-of-the-european-union-en.pdf>

2. Start der Pilotphase des Projekts zum nachhaltigen Konsum

Die Europäische Kommission möchte alle Akteure dabei unterstützen, auf die EU-Umweltziele hinzuwirken. In diesem Zusammenhang startet die Kommission die Pilotphase des „Green Consumption Pledge“. Sie ruft Non-Food- und gemischte Unternehmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen dazu auf, konkrete, öffentliche und überprüfbare Verpflichtungen einzugehen, um ihren ge-

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

samten Kohlenstoff-Fußabdruck zu reduzieren. Außerdem sollen sie nachhaltigere Produkte produzieren und vermarkten und ihre Bemühungen verdoppeln, um das Bewusstsein der Verbraucher für die Auswirkungen ihrer Konsumententscheidungen zu schärfen. Die Auftaktveranstaltung mit dem EU-Kommissar für Justiz und Verbraucherschutz, Didier Reynders, fand am 25. Januar 2021 statt.

https://ec.europa.eu/info/events/launch-pilot-phase-green-consumption-pledge-initiative-2021-jan-25_de

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

Europäische Kommission veröffentlicht Liste möglicher Öko-Regelungen zur Reform der Agrarpolitik

Die Europäische Kommission hat am 14. Januar 2021 eine Liste landwirtschaftlicher Praktiken veröffentlicht, die im Rahmen der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unter die Öko-Regelungen fallen könnten. Im Rahmen der neuen GAP wird jedes EU-Land einen eigenen GAP-Strategieplan erstellen und darlegen, zur Erreichung welcher Ziele die GAP-Finanzierung eingesetzt werden soll. Die Strategiepläne müssen auch „Öko-Regelungen“ umfassen, die den Landwirten Anreize und Unterstützung geben, um Landbewirtschaftungsmethoden einzusetzen, die dem Klima, der biologischen Vielfalt und der Umwelt förderlich sind. Um durch Öko-Regelungen unterstützt zu werden, sollten landwirtschaftliche Praktiken:

- Maßnahmen in Bezug auf Klima, Umwelt, Tierschutz und antimikrobielle Resistenz abdecken;
- auf der Grundlage der Bedürfnisse und Prioritäten definiert werden, die auf nationaler/regionaler Ebene in den GAP-Strategieplänen identifiziert wurden;
- ehrgeiziger sein als die in der GAP ohnehin festgelegten Anforderungen und Verpflichtungen bezüglich Umwelt, Klima und Tierwohl im Rahmen der Konditionalität;
- zur Erreichung der EU-Ziele des Green Deal beitragen.

Die Liste enthält ökologische Anbaumethoden, Maßnahmen wie die Fruchtfolge mit Leguminosen oder grasbasierte Viehhaltung. Darüber hinaus umfasst sie auch das sogenannte „Carbon Farming“, um die Kohlenstoffbindung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhöhen, zum Beispiel über die extensive Nutzung von Dauergrünland. Weitere landwirtschaftliche Praktiken, die durch Öko-Regelungen unterstützt werden könnten, sind die Präzisionslandwirtschaft,

sowie Haltungspraktiken, die das Tierwohl fördern und/oder den Bedarf an Antibiotika in der Tiermast verringern.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210114-reform-agrarpolitik_de

https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-list-potential-eco-schemes-2021-jan-14_en (Link zu Liste)

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/key_policies/documents/factsheet-agri-practices-under-ecoscheme_en.pdf (Factsheet)

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank bekräftigt Niedrigzinspolitik und Krisenreaktion

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 21. Januar 2021 den Leitzins bei null Prozent belassen. Banken erhalten weiterhin unbeschränkt Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins belegt. Dieser beträgt wie bisher -0,50 Prozent. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau bleiben, bis das Inflationsziel von unter, aber nahe zwei Prozent erreicht ist. Das Krisenpaket des Pandemie-Notfallankaufprogramms von Staatsanleihen (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) in Höhe von 1 850 Milliarden Euro wird bis Ende März 2022 durchgeführt. Daneben läuft wie bisher ein Programm zum Ankauf von Staatsanleihen und anderen Vermögenswerten in Höhe von 20 Milliarden Euro monatlich. Mit diesen Programmen soll erreicht werden, dass die langfristigen Zinsen niedrig bleiben.

Banken erhalten auch weiterhin Zugang zu besonders privilegierten langfristigen Refinanzierungsgeschäften. Drei neue Geschäfte mit jeweils dreijähriger Laufzeit werden im Juni, September und Dezember 2021 zugeteilt. Soweit die Banken Kredite an Unternehmen und Verbraucher ausreichen, können sie Zentralbankgeld zu einem Zinssatz von -1,00 Prozent erhalten. Hinzu kommen vier einjährige Geschäfte ohne strenge Auflagen zu einem Zinssatz von -0,25 Prozent. Die Banken müssen somit weniger Geld zurückzahlen als sie aufnehmen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp210121~eb9154682e.de.html>

2. Weniger gefälschte Euro-Banknoten

Die Europäische Zentralbank gab am 22. Januar bekannt, dass im Jahr 2020 460 000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen worden sind.

Gegenüber 2019 stellt dies einen Rückgang um 17,7 Prozent dar. Bei etwa zwei Dritteln der Fälschungen handelte es sich um Banknoten mit den Nennwerten 20 Euro und 50 Euro. 94,5 Prozent der Fälschungen wurden in Ländern des Euroraums entdeckt, 2,8 Prozent in EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums, und 2,7 Prozent entfielen auf die übrige Welt. Im Vergleich zu den über 25 Milliarden umlaufenden Euro-Banknoten sei die Zahl der Falschnoten weiterhin äußerst niedrig. 2020 wurden 17 Fälschungen pro 1 Million im Umlauf befindlicher echter Banknoten entdeckt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210122~5b82ddc7b9.de.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Staats- und Regierungschefs der EU für koordinierte Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bei Offenhaltung der Grenzen

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 21. Januar 2021 festgestellt, dass die Lage, insbesondere angesichts der neuen Virusvarianten, sehr ernst ist. Es sei wichtig, dass in allen Mitgliedstaaten vergleichbare Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen würden. Es sollten allerdings keine pauschalen Reiseverbote verhängt werden. In Frage kämen jedoch Maßnahmen zur Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in der EU. Die Führungsspitzen haben bekräftigt, dass der Impfprozess genau verfolgt werden muss. Alle erdenklichen Mittel würden geprüft, um eine rasche Lieferung, einschließlich einer frühzeitigen Verteilung, sicherzustellen. Impfstoffe sollten gleichzeitig und entsprechend dem jeweiligen Anteil an der Unionsbevölkerung verteilt werden. Die Mitglieder des Europäischen Rates haben sich auch darauf geeinigt, ein standardisiertes Formular zum Impfnachweis für medizinische Zwecke zu erarbeiten. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte festgelegt werden, unter welchen Umständen diese Bescheinigungen für andere Zwecke verwendet werden können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/01/21/5>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/01/21/oral-conclusions-by-president-charles-michel-following-the-video-conference-of-the-members-of-the-european-council-on-21-january-2021/>

2. Europäische Kommission fordert Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie

Vor der Videokonferenz der EU-Staats- und Regierungschefs am 21. Januar 2021 hat die Europäische Kommission am 19. Januar 2021 eine Reihe von

Maßnahmen im Kampf gegen neue Virusvarianten und gegen eine mögliche dritte Welle der Pandemie vorgestellt. In ihrer Mitteilung ruft sie die Mitgliedstaaten auf, die Impfungen in der gesamten EU zügig voranzutreiben. Bis Ende März 2021 sollten mindestens 80 Prozent der Menschen über 80 Jahren sowie 80 Prozent des Personals in Gesundheits- und Sozialberufen in allen Mitgliedstaaten geimpft werden. Bis Herbst 2021 sollten die Mitgliedstaaten mindestens 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung geimpft haben.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten zudem auf, weiterhin auf Abstandswahrung und Kontaktbeschränkungen zu setzen, gegen Desinformation vorzugehen, ihre Reisebeschränkungen zu koordinieren sowie mehr Tests, Kontaktnachverfolgung und Sequenzierung umzusetzen, um das Infektionsgeschehen zu kontrollieren und dem Risiko durch neue Virusvarianten entgegenzutreten. So sollten sie die Genomsequenzierung dringend auf mindestens fünf Prozent und vorzugsweise zehn Prozent der positiven Testergebnisse ausweiten. Derzeit untersuchten viele Mitgliedstaaten weniger als ein Prozent der Proben. Das reiche nicht aus, um die Ausbreitung der Varianten festzustellen oder neue Mutationen zu erkennen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210119-coronavirus-impfungen_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_143

https://ec.europa.eu/info/files/communication-united-front-beat-covid-19_en

3. Mitgliedstaaten der Europäischen Union einigen sich über Antigen-Schnelltests und gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse von COVID-19-Tests

Der Ministerrat der EU (Rat) einigte sich am 21. Januar 2021 einstimmig im schriftlichen Verfahren auf eine Empfehlung des Rates, die einen gemeinsamen Rahmen für die Anwendung schneller Antigen-tests und die gegenseitige Anerkennung von COVID-19-Testergebnissen in der gesamten EU festlegt. Dies sei ein zentrales Instrument, um die Ausbreitung des Virus zu mildern und zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts beizutragen. Zu den wichtigsten Bestandteilen dieser Empfehlung gehören die Validierung und gegenseitige Anerkennung von schnellen Antigen-tests und RT-PCR-Tests zwischen den Mitgliedstaaten, die gemeinsame Nutzung eines standardisierten Datensatzes (über eine digitale Plattform), die Entwicklung einer gemeinsamen Liste von COVID-19-Schnellantigen-tests und die Priorisierung von Situationen für die Verwendung solcher Tests (z. B. Kontakte bestätigter Fälle und Ausbruchcluster).

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/01/21/council-agrees-on-strengthening-the-use-of-rapid-antigen-tests-and-on-the-mutual-recognition-of-covid-19-test-results/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5451-2021-INIT/de/pdf>

4. AstraZeneca beantragt Zulassung seines COVID-19-Impfstoffs bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA

Die Europäische Arzneimittelagentur EMA hat am 12. Januar 2021 den Antrag auf die EU-weite bedingte Marktzulassung für den COVID-19-Impfstoff von AstraZeneca und der Universität Oxford erhalten. Sie wird ihn nun innerhalb eines beschleunigten Zeitrahmens bewerten und plant, eine Stellungnahme zur Zulassung bis zum 29. Januar 2021 abzugeben. Nach einer entsprechenden Empfehlung des zuständigen Ausschusses für Humanarzneimittel der EMA wird dann die Europäische Kommission den Impfstoff schnellstmöglich zulassen. Die Europäische Kommission hat für die EU-Staaten bereits im August 2020 bis zu 400 Millionen Dosen des AstraZeneca-Impfstoffs gesichert.

Insgesamt hat die Europäische Kommission bisher Vereinbarungen mit sechs vielversprechenden Impfstoffentwicklern geschlossen und dabei bei bis zu 2,3 Milliarden Impfstoff-Dosen gesichert, darunter bis zu 600 Millionen Dosen des BioNTech/Pfizer-Impfstoffes. Sie hat darüber hinaus am 12. Januar 2021 Sondierungsgespräche mit dem Pharmaunternehmen Valneva über den Ankauf von bis zu 60 Millionen Dosen seines potenziellen Impfstoffs abgeschlossen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210112-astrazeneca-impfstoff_de

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-receives-application-conditional-marketing-authorisation-covid-19-vaccine-astrazeneca>

5. Europäische Kommission plant Überarbeitung der EU-Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 19. Januar 2021 einen sogenannten Fahrplan zu dem für das zweite Quartal 2022 geplanten Vorschlag für eine Richtlinie zur Überarbeitung der EU-Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Bis 16. Februar 2021 kann Feedback zu einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase gegeben werden. Für das erste Quartal 2021 ist noch eine öffentliche Konsultation vorgesehen. Durch die Vermarktungsnormen der EU für landwirtschaftliche Erzeugnisse sollen hohe Qualitätsstandards gewährleistet werden. Einige Normen seien jedoch mittlerweile überholt oder könnten die Bemühungen um eine effizientere und nachhaltigere Lebensmittelversorgung behindern. Mit dieser Initiative sollen die Vermarktungsnormen aktualisiert werden, um die Versorgung der Verbraucher mit nachhaltigeren Erzeugnissen zu fördern.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12772-Revision-of-EU-marketing-standards-for-agricultural-products>

6. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit befürwortet Mehlwürmer als neues Lebensmittel

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit European Food Safety Agency (EFSA) hielt am 13. Januar 2021 getrocknete Mehlwürmer für sicher, so dass diese als neues Lebensmittel („Novel Food“) zugelassen werden können. Die Wissenschaftler der EFSA werden die vielen neuartigen Lebensmittelanwendungen weiterhin in ihrer „To-do-Liste“ bewerten, und die Entscheidungsträger in Brüssel und den nationalen Hauptstädten werden entscheiden, ob sie für den europäischen Teller zugelassen werden sollten. Letztendlich könnten die Verbraucher mit Zuversicht wählen, was sie essen, da sie wüssten, dass die Sicherheit der Lebensmittel gründlich überprüft wurde.

<https://www.efsa.europa.eu/en/news/edible-insects-science-novel-food-evaluations>

<https://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/6343>

Wissenschaftliches Gutachten über getrocknete Mehlwürmer (*Tenebrio molitor*) als neuartiges Lebensmittel

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Europäisches Parlament fordert Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz

Der am 20. Januar 2021 beschlossene Initiativbericht des Europäischen Parlaments fordert einen EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) mit Begriffsbestimmungen und ethischen Grundsätzen. Der verstärkte Einsatz von KI-Systemen im öffentlichen Dienst, insbesondere im Gesundheits- und Justizwesen, dürfe nicht den menschlichen Kontakt ersetzen oder zu Diskriminierung führen. Menschen sollten immer informiert werden, wenn sie von einer Entscheidung betroffen sind, die auf KI basiert, und die Möglichkeit haben, diese anzufechten. Beim Einsatz von KI im Gesundheitswesen (z.B. robotergestützte Chirurgie, intelligente Prothesen, prädiktive Medizin) müssten die persönlichen Daten der Patienten geschützt und der Grundsatz der Gleichbehandlung gewahrt werden.

Die Europaabgeordneten warnen auch vor Gefahren für die grundlegenden Menschenrechte und die staatliche Souveränität durch den Einsatz von KI-Technologien bei der zivilen und militärischen Massenüberwachung. Sie fordern ein Verbot für Behörden, „hochgradig intrusive Anwendungen zur Bewertung des sozialen Verhaltens“ („Social Scoring“) zur Überwachung und Bewertung von Bürgern) zu verwenden.

Aus Sicht des vzbv können zudem zahlreiche Handelsabkommen und mögliche neue Regelungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) eine verbraucherfreundliche Regulierung von Algorithmen erschweren. Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten von Kristina Irion (Universität Amsterdam) im Auftrag des vzbv. Das Gutachten zeigt auf, dass eine Reihe von derzeit in der EU diskutierten Maßnahmen, etwa zur KI-Regulierung oder beim Digital Services Act, gegen handelsrechtliche Formulierungen verstoßen können.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210114IPR95627/richtlinien-fur-zivile-und-militarische-nutzung-von-kunstlicher-intelligenz>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0009_DE.html

<https://www.vzbv.de/dokument/handelsabkommen-duerfen-die-regulierung-von-algorithmen-nicht-einschraenken>

<https://www.vzbv.de/dokument/weissbuch-ki-zu-wenig-ambitioniert>

2. EU-Ratspräsidentschaft engagiert sich für Digitalisierung

Portugal hat im ersten Halbjahr 2021 den Vorsitz im Rat der EU inne. Der portugiesische Vorsitz im Rat will Initiativen rund um die Digitalisierung prioritär behandeln. Mit einer europäischen digitalen Identität soll das Leben der Bürger vereinfacht werden. Die öffentliche Verwaltung müsse bei der Digitalisierung mit gutem Beispiel vorangehen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Modernisierung von lokaler Verwaltung geschenkt werden.

<https://www.2021portugal.eu/media/e0rjnvdj/programme-for-the-portuguese-presidency-of-the-council-of-the-european-union-en.pdf>

3. Europäische Kommission spricht mit Amazon, eBay, Zalando und Co. über faires Online-Shopping

Die Europäische Kommission hat sich am 12. Januar 2021 mit den großen Online-Plattformen über bewährte Praktiken für ein faires und transparentes Online-Shopping ausgetauscht. Dabei ging es unter anderem darum, gefälschte Nutzerbewertungen zu unterbinden, ein transparentes Ranking von Suchergebnissen sowie die Information über Drittanbieter auf Plattformen sicherzustellen. An dem von EU-Justiz- und Verbraucherkommissar Didier Reynders veranstalteten Workshop nahmen folgende Online-Plattformen teil: Airbnb, Allegro, AliExpress / Alibaba, Amazon, Bol, Booking, Cdiscount, eBay, Emag, ETSY, Expedia, Facebook, Google, TripAdvisor, Wish, Yelp und Zalando. Die Ergebnisse des Workshops sollen in die Arbeit der Europäischen Kommission einfließen, ihre bestehenden Leitlinien zur Anwendung der EU-Gesetzgebung - der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und der Richtlinie über Verbraucherrechte - zu aktualisieren. Zudem wird die Kommission analysieren, ob zusätzliche

Rechtsvorschriften oder andere Maßnahmen erforderlich sind, um Fairness für die Verbraucher zu gewährleisten - sowohl offline als auch online.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210112-faires-online-shopping_de

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Europäische Kommission sanktioniert Anbieter von PC-Videospielen wegen „Geoblocking“

Die Europäische Kommission hat am 20. Januar 2021 gegen Valve, Eigentümer der Online-PC-Spieleplattform „Steam“, und die fünf Verleger Bandai Namco, Capcom, Focus Home, Koch Media und ZeniMax eine Geldstrafe in Höhe von 7,8 Millionen Euro wegen Verstoßes gegen die EU-Kartellvorschriften verhängt. Die Unternehmen schränkten den grenzüberschreitenden Verkauf bestimmter PC-Videospiele auf Grundlage des geografischen Standorts der Nutzer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ein, indem sie „Geoblocking“ praktizierten. Der EWR umfasst die EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210120-videospiele-geoblocking_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_170

2. Abnahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der Europäischen Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens ging im Januar 2021 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 1,7 Punkte auf -15,5 und in der Europäischen Union um 1,6 Punkte auf -16,5 Punkte zurück. Der Index liegt im Euroraum weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von -11,0 und in der Europäischen Union weit unter seinem langfristigen Durchschnitt von -10,6.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Einkäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/flash_consumers_2021_01_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat auswärtige Angelegenheiten (25. Januar 2021)

Klima- und Energiediplomatie – Förderung der externen Dimension des europäischen Grünen Deals (Gedankenaustausch, Schlussfolgerungen); Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates, ohne Aussprache).

Videokonferenz der Minister für Landwirtschaft und Fischerei (25. Januar 2021)

Arbeitsprogramm des Vorsitzes; Handelsbezogene Agrarfragen (Informationen der Kommission, Gedankenaustausch); Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle zur Aktualisierung der Studie von 2016 über die kumulativen Auswirkungen künftiger Handelsabkommen (Informationen der Kommission, Gedankenaustausch); Fangmöglichkeiten für 2021: Gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich bewirtschaftete Fischbestände (Leitlinien für die Konsultationen mit dem Vereinigten Königreich); Paket zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2020 (Informationen des Vorsitzes zum Sachstand).

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (26. Januar 2021)

Bewertung von Gesundheitstechnologien.

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (27. Januar 2021)

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typp Genehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich Emissionen von leichten Personen- und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (27. Januar 2021)

Verordnung über das Europäische Klimarecht (Vorbereitung des Trilogs).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (27. Januar 2021)

Vorübergehende Beschränkung der nicht wesentlichen Einreise in die EU und die mögliche Aufhebung dieser Beschränkung; COVID-19-EU-Koordinierung (Informationen des Vorsitzes und der Kommission).

Horizontale Gruppe Stärkung der Resilienz und Abwehr hybrider Bedrohungen (29. Januar 2021)

Tagesordnung nicht öffentlich.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (25./26. Januar 2021)

Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien im Kampf gegen den Klimawandel (Annahme von Stellungnahme); Erläuterung der Studie über die kumulativen Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Landwirtschaft – Aktualisierung 2021 durch Janusz Wojciechowski, für Landwirtschaft zuständiges Mitglied der Kommission.

Fischereiausschuss (25./26. Januar 2021)

Eine Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (25./26. Januar 2021)

Kohäsionspolitik und regionale Umweltstrategien im Kampf gegen den Klimawandel (Annahme von Stellungnahme); Umsetzungsbericht über die Aspekte der Straßenverkehrssicherheit im Paket zur Verkehrssicherheit; Eine europäische Datenstrategie (Annahme von Stellungnahme); Festlegung einer EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus; Vorstellung der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität durch Adina Vălean, Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für Verkehr.

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (25./26. Januar 2021)

Präsentation der vom Europäischen Parlament geforderten Arbeiten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit im Bereich der Bienengesundheit; Aktionsplan für neue Kreislaufwirtschaft (Abstimmung); Haftung von Unternehmen für Umweltschäden (Abstimmung); Eine europäische Strategie für Wasserstoff (Abstimmung); Aussprache mit Emer Cooke, Exekutivdirektorin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA).

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (25./26. Januar 2021)

Die Lage im Hinblick auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte in der EU im Zusammenhang mit der Gesundheit von Frauen.

Rechtsausschuss (27. Januar 2021)

Eine europäische Datenstrategie (Annahme von Stellungnahme); Haftung von Unternehmen für Umweltschäden; Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von

Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (28. Januar 2021)

Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten (Bauprodukteverordnung); Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2020;

Sonderausschuss zu Krebsbekämpfung (28. Januar 2021)

Aussprache mit zehn führenden Experten, darunter die Direktorin der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA), Emer Cooke, über die bestmögliche Versorgung von Krebspatienten in der EU. Die Themen reichen von Krebsmedikamenten bis hin zu multidisziplinärer Krebsbehandlung mit einem spezifischen Blickwinkel auf pädiatrische und seltene Krebsarten und die sozialen Determinanten beim Zugang zur Krebsbehandlung.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (27. Januar 2021)

Grünbuch zum Thema Altern.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (3. Februar 2021)

Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (27./28. Januar 2021)

Bericht über die Wettbewerbspolitik 2019; Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas (Mitteilung); Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus – Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten; Umweltaktionsprogramm bis 2030; EU-Strategie zur Integration des Energiesystems; Wasserstoffstrategie (Mitteilung).

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (29. Januar 2021)

Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise (Prospektivstellungnahme); Eine europäische Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU stärken (Initiativstellungnahme); Verordnung zur Bewältigung

grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC); Arzneimittelstrategie für Europa und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in den verbundenen Rechtssachen C 422/19 und C 432/19 (26. Januar 2021)

Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags in Deutschland?

Urteil in der Rechtssache C-555/19 (3. Februar 2021)

Verbot regionaler Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)